



## IG BAU fordert soziales und ökologisches Vergabegesetz

IG BAU fordert soziales und ökologisches Vergabegesetz  
Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) kritisiert den Entwurf des Vergabegesetzes der Bundesregierung als unzureichend. "Die Vergabe der öffentlichen Hand muss nach sozialen und ökologischen Kriterien erfolgen. Mit Steuergeldern dürfen keine Umweltsünden oder Dumpinganbieter finanziert werden. Da besteht noch erheblicher Nachbesserungsbedarf", sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers anlässlich des heute (für die Red. 14. Oktober 2015) gemeinsam von IG BAU und Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Betriebsräte-Workshops zum Vergaberecht in Berlin. "Brüssel ist in dieser Hinsicht schon weiter als Berlin. Die Vorgaben der EU-Richtlinie sehen ausdrücklich die Berücksichtigung von sozialen, ökologischen und arbeitsrechtlichen Belangen vor." Im vergangenen Jahr traten drei neue Vergaberichtlinien der EU in Kraft. Deren Umsetzungsfrist in nationales Recht läuft im April 2016 aus. Die Bundesregierung hat inzwischen einen Entwurf vorgelegt, der aus Sicht der IG BAU erhebliche Lücken hat. Insbesondere fordert die IG BAU die Regierung auf, in dem Gesetz die Pflicht zur Einhaltung umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlicher Vorschriften sowie der allgemeinverbindlichen Tarifverträge zwingend für alle Phasen der Auftragsvergabe zu regeln. "Wir brauchen eine handfeste und unmissverständliche Formulierung, die Auftraggeber ein für alle Mal fest an diese Grundsätze bindet. Hier fehlt noch die dringend notwendige Verbindlichkeit", sagte Schäfers. "Wir brauchen mehr Muss- und weniger unverbindliche Kann-Regelungen. Die Erfahrung zeigt, dort wo der Gesetzgeber Schlupflöcher lässt, werden sie genutzt. Eine nachhaltige Nutzung von Steuergeldern wird es so nicht geben." Gleichzeitig fordert die IG BAU Regelungen zur Kontrolle der Pflichten und für Sanktionen bei Verstößen. "Es überrascht, dass bisher keine Kontrollmöglichkeiten im Gesetzentwurf stehen. Jede Verpflichtung wird damit zu einem reinen Papiertiger. "Die öffentliche Hand muss das Recht haben, kontrollieren zu können, dass ihre Gelder sauber verwandt werden, und sie muss bei Verstößen ernsthaft abschreckende Sanktionen verhängen können", sagte Schäfers.  
Ruprecht Hammerschmidt  
Leiter der Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit  
Pressesprecher  
Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt  
Bundesvorstand - Pressestelle  
Olof-Palme-Str. 19  
60439 Frankfurt am Main  
Telefon:+496995737135  
Telefax:+496995737138  
presse@igbau.de  
www.igbau.de

### Pressekontakt

IG Bauen-Agrar-Umwelt

60439 Frankfurt am Main

### Firmenkontakt

IG Bauen-Agrar-Umwelt

60439 Frankfurt am Main

Weitere Informationen finden sich auf unserer Homepage